

Vorlage Nr. IX/2/2022		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

**Anfrage der SPD Stadtverordnetenfraktion
Sachstand zur Vorlage IX/10/2020 „Blühstreifen und –zonen-Konzept“**

In der Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt wurde am **16. März 2021** ein Beschluss zur Vorlage IX 10/2020-1 zum Antrag der Koalition SPD/CDU/FDP wie folgt gefasst zu

1. „die Beauftragung eines Planungsbüros zur Abgabe einer Kostenschätzung für ein Blühstreifen und -zonen-Konzept“

Wir bitten Sie uns mitzuteilen, in welcher Sitzung sich die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses mit dieser Kostenschätzung befassen können.

Antwort:

Der Sachstand stellt sich wie folgt dar:

Die Anlage und Unterhaltung von Blühstreifen wird vom Gartenbauamt aktiv auf öffentlichen Flächen betrieben, wodurch ein Mehrwert für die Insekten geschaffen werden kann. Weitere Blühflächen können nur in den Zuständigkeitsbereichen anderer Ämter und Institutionen oder auf privatem Grund (Wohnen + Gewerbe) geschaffen werden. Allein durch die Über- und Beplanung dieser Grundstücke besteht noch kein Zugriff auf die Flächen.

Zwischenzeitlich hat der Senat die Vorlage 1603/20 „Biodiversität und Insektenschutzprogramm für das Land Bremen“ am 28. September 2021 beschlossen. Ziel ist die Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie für das Land Bremen. Gleichzeitig soll ein Insektenschutzprogramm entwickelt und umgesetzt werden. Dieses soll u.a. die insektenfreundliche Anlage und Pflege von öffentlichen Grundstücken sowie die Entwicklung von insektenfreundlichen Blühflächen bei der Grünflächen- und Deichpflege beinhalten. Zur insektenfreundlichen Gestaltung von Privatgärten soll angeregt werden.

Durch die personalwirtschaftliche Situation in der Unteren Naturschutzbehörde (zurzeit sind erneut 20% der verfügbaren Stunden vakant) konnte bislang kein Planungsbüro zur Abgabe einer Kostenschätzung für die Planungsleistungen aufgefordert werden. Durch den Beschluss des Senats wurde die Anfrage bei einem Büro zurückgestellt, da sich erkennbare Überschneidungen hinsichtlich der Aufgabenstellung ergeben. Nach Ansicht der Verwaltung sind die personalwirtschaftlichen und finanziellen Synergien zu nutzen und die Ergebnisse des Landesprogramms vor der Vergabe weiterer Aufträge abzuwarten.

gez.
Dr. Susanne Gatti
Stadträtin